§ 2

Bei Transporten von Kohle innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik muß, soweit es sich um Bahntransporte handelt, der Frachtbrief vom Versender registriert und die Registriernummer auf dem Frachtbrief eingetragen werden.

§ 3

Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1950 in Kraft.

Berlin, den 23. Juni 1950

**Ministerium für Innerdeutschen Handel,
Außenhandel und Materialversorgung**

I. V.: G a n t e r - G i l m a n s
Staatssekretär

Ministerium für Verkehr

Dr. R e i n g r u b e r
Minister

**Durchführungsbestimmung
zu der Verordnung über deutsche Ferien- und
Erholungsreisende, die ihren Wohnsitz nicht in
der deutschen Demokratischen Republik und dem
demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben.**

Vom 28. Juni 1950

Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 22. Juni 1950 über deutsche Ferien- und Erholungsreisende, die ihren Wohnsitz nicht in der Deutschen Demokratischen Republik und dem demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben (GBI. S. 501), wird folgendes bestimmt:

§ 1

Als Ferien- und Erholungsreisende im Sinne der Verordnung vom 22. Juni 1950 gelten:

1. alle Personen, die in Orten der Deutschen Demokratischen Republik ihren Ferien- und Erholungsaufenthalt nehmen,
2. alle Personen, die sich in der Zeit vom 1. Juni bis 15. September oder in der Zeit vom 15. Dezember bis 15. März in kurtaxpflichtigen Orten der Deutschen Demokratischen Republik länger als 24 Stunden aufhalten.

§ 2

(1) Unter die Bestimmung des § 1 dieser Durchführungsbestimmung fallen nicht:

1. Personen, die sich auf Grund besonderer Familienanlässe nicht länger als 5 Tage in einem Ort der Deutschen Demokratischen Republik bei ihren Familienangehörigen oder Verwandten aufhalten,
2. Personen, die sich zu Besuchen bei Familienangehörigen oder Verwandten aufhalten.

Diese Ausnahme gilt nicht für die im § 1 Ziffer 2 genannten Orte zu den angegebenen Zeiträumen,

3. Personen, die ihren Ferien- oder Erholungsaufenthalt durch den Feriendienst des FDGB oder in Heimen der demokratischen Parteien und Organisationen verleben,

4. Personen, die zum Kuraufenthalt in Heime der Sozialversicherungsanstalten eingewiesen werden,

5. Lohn- und Gehaltsempfänger, die in den westlichen Sektoren Groß-Berlins wohnen und in der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor Groß-Berlins in einem festen Arbeitsverhältnis stehen.

(2) Bei der polizeilichen Anmeldung der in den Ziffern 1 und 2 genannten Personen sind die zum Aufenthalt berechtigenden Tatsachen und Verhältnisse glaubhaft zu machen.

(3) Die polizeiliche Anmeldung der in den Ziffern 3 und 4 genannten Personen erfolgt auf Grund der vorzulegenden Reiseschecks oder Einweisungsscheine.

(4) Die polizeiliche Anmeldung der in Ziffer 5 genannten Personen darf nur erfolgen, wenn eine Bescheinigung der für die Arbeitsstelle zuständigen Polizeibehörde vorgelegt wird, aus der hervorgeht, daß sich die Arbeitsstelle in der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor Groß-Berlins befindet.

§ 3

(1) Der Umtausch gemäß § 2 der Verordnung ist bei der Deutschen Notenbank Berlin oder bei den Grenzwechselstuben vorzunehmen.

(2) Umzutauschen sind für jede Person und für jeden Tag des Aufenthalts 15,— DM, mindestens jedoch pro Person insgesamt 75,— DM.

(3) Die Deutsche Notenbank Berlin oder die Grenzwechselstuben stellen über den erfolgten Umtausch eine Bescheinigung aus, die bei der polizeilichen Anmeldung am Urlaubsort zur Abstempelung vorzulegen ist.

(4) Wird der beabsichtigte Ferien- oder Erholungsaufenthalt vorzeitig abgebrochen, kann der für die nicht ausgenutzten Tage erfolgte Geldumtausch rückgängig gemacht werden, wenn durch Bescheinigung der Kurverwaltung oder der örtlichen Volkspolizeibehörde die vorzeitige Aufenthaltsbeendigung bestätigt wird.

Berlin, den 28. Juni 1950

Ministerium des Innern

Dr. S t e i n h o f f
Minister

Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen

I. V.: P e s c h k e
Staatssekretär

Ministerium der Finanzen

I. V.: R u m p f
Staatssekretär